

Archiv für hessische Geschichte

und Altertumskunde

Neue Folge 57. Band 1999

Herausgeber:

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt

in Verbindung mit dem

Historischen Verein für Hessen

Redaktion:

J. Friedrich Battenberg

Gedruckt mit Unterstützung
des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst,
des Magistrats der Stadt Darmstadt,
der Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz,
der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen,
der Hessischen Elektrizitäts-AG,
des Bauverein Aktiengesellschaft Darmstadt
und der Merck KGaA in Darmstadt

Diese Publikation ist auf alterungsbeständigem
und säurefreiem Papier gedruckt

Satz und Layout: Marion Roth
c/o Staatsarchiv Darmstadt, Karolinenplatz 3, D 64289 Darmstadt
Herstellung: Verlagsdruckerei Schmidt GmbH, D-91413 Neustadt/Aisch
Vertrieb: Historischer Verein für Hessen, Karolinenplatz 3, D-64289 Darmstadt
ISSN 0066-636 x

AHG 57

Aufsätze.....	1
<i>Konrad Schneider</i> , Untersuchungen zum Geldumlauf im Untermain- und Mittelrheingebiet vom ausgehenden 15. Jahrhundert bis in die Zeit der Reichsmünzordnungen - Teil I	1
<i>Manfred Köhler</i> , Die hessischen Achtundvierziger in Amerika	55
<i>Manfred Göbel</i> , „... daß die Ausgabe durch Ersparung der Unterstützungen aufgewogen werden könne“. Die Massenauswanderung aus Groß-Zimmern 1846	99
<i>Michael Wettengel</i> , Keine verlorene Generation: Die Politiker und Parteienvereine der Revolutionsjahre 1848/49	153
<i>Dieter Gessner</i> , Zur Entstehung der regionalen Industriearbeiterschaft: Handwerker oder Fabrikarbeiter - Versuch einer Rekonstruktion	175
Kleine Beiträge	209
<i>Josef Heinzelmann</i> , Das „Gothaer Liebespaar“ ist ein Liebespaar. Eine kritische Betrachtung mit unvorhergesehener Pointe	209
<i>Hans-Bernd Spies</i> , Goethe und Dalberg in Mercks „Matinée eines Recensenten“	237
<i>Eckhart G. Franz</i> , Bilder einer Revolution. Neuerscheinungen zum Gedenkjahr der Revolution(en) von 1848/49 II	253
<i>Jakob Eisler</i> , Hessische Kolonisationspläne für Palästina 1848-1850	287
<i>Krisana Daroonthanom</i> , Karl Döhring und seine Bauten in Thailand	297
Buchbesprechungen und Hinweise	317
<i>I. Nachschlagewerke, Editionen und Inventare</i>	317
<i>Richard van Dülmen</i> (Hg.), Erfindung des Menschen. Schöpfungsträume und Körperbilder 1500 - 2000 (F. B.)	317
<i>Gerhard Taddey</i> (Hg.), Lexikon der deutschen Geschichte bis 1945. Ereignisse, Institutionen, Personen. Von den Anfängen bis zur Kapitulation 1945 (F. B.).....	319
<i>Wim Blockmans</i> , Geschichte der Macht in Europa. Völker, Staaten, Märkte (F. B.)	319
<i>Peter James/Nick Thorpe</i> , Keilschrift, Kompaß, Kaugummi. Eine Enzyklopädie der frühen Erfindungen (F. B.)	321

MICHAEL WETTENGEL

KEINE VERLORENE GENERATION: DIE POLITIKER UND
PARTEIVEREINE DER REVOLUTIONSJAHRE 1848/49¹

I

Das 150. Jubiläum der Revolution von 1848/49 hat eine unerwartete Flut an Veröffentlichungen, Rundfunksendungen, Ausstellungen und Veranstaltungen ausgelöst. Fast scheint es, als habe die Revolution anderthalb Jahrhunderte nach ihrem kläglichen Ende gesiegt: Wie nur wenige andere historische Ereignisse der deutschen Geschichte wird sie nun als Bestandteil einer positiven demokratischen Tradition verortet. Zugleich deutet sich in der neueren Forschung eine Neubewertung der Revolution an: War sie bislang mit dem Stigma des Scheiterns behaftet, so wird sie nun als eine Vielzahl von revolutionären Entwicklungen und Erfahrungen interpretiert, die langfristige Wandlungsprozesse in Gang setzten oder verstärkten. Aus dieser Perspektive erscheint die Revolution von 1848/49 eher als ein Erfolg.

Vor allem die Erforschung der Anfänge des Parlamentarismus und der politischen Parteien trug zu einer stärkeren Beachtung des Wandels von Organisations- und Wahrnehmungsformen bei.² Diese Forschungen konnten sich dabei nicht zuletzt auch auf die Einschätzungen mancher Zeitgenossen berufen. Diese räumten zwar einerseits die Niederlage der revolutionären Bewegung ein, verwiesen aber andererseits auf die praktischen Erfahrungen, die Lehren, die die Revolution mit sich brachte. So formulierte zum Beispiel August von Rochau, selbst 1849 als politischer Publizist in Frankfurt tätig, in seinen 1853 verfaßten „Grundsätzen der Realpolitik“: *Manche wichtige Lehre habe die Revolution trotz ihres Scheiterns erbracht: Durch den ganzen Verlauf und besonders durch das schließliche Fehlschlagen der deutschen Bewegung war dem politischen Geiste in Deutschland binnen eines einzigen Jahres ein größerer Vorschub geleistet, als durch die Geschichte des vorangegangenen Men-*

*schenalters, angefüllt mit patriotischen Träumen.*³

Mit dem Verweis auf die Lehren von 1848/49 ging es Rochau zwar um die Propagierung seiner eigenen, als „Realpolitik“ apostrophierten politischen Überzeugung. Zugleich wird damit aber auch die Bedeutung des Erfahrungshintergrundes der Revolutionsjahre für die folgenden politischen Auseinandersetzungen und Positionsbestimmungen deutlich. Von Anfang an wurde die Erinnerung an 1848 politisch gewertet und instrumentalisiert. Die Frage nach den „Wirkungen“ der Revolution ist daher eine zutiefst politische Frage.

In den Revolutionsjahren traten erstmals überregionale politische Parteioorganisationen in die Öffentlichkeit, die im engen Verbund mit Parlamentsfraktionen ihre politischen Positionen in den parlamentarischen Auseinandersetzungen durchzusetzen versuchten.⁴ Das Jahr 1848 markierte aber nicht nur die Anfänge organisierter politischer Parteibildung in Deutschland, sondern auch das Auftreten eines neuen, öffentlichkeitsorientierten Politikertyps. Diese Parteipolitiker und Parteiorganisationen der Revolution von 1848/49 sind Gegenstand dieses Beitrages: Wie entstanden die unterschiedlichen politischen Parteien und wie organisierten sie die politische Willensbildung? Welche Auswirkungen hatte die Niederlage der Revolution auf ihre weitere Entwicklung und auf die Karrieren der Politiker?

II

Durch die Revolution von 1848/49 verlor der bürokratische Obrigkeitsstaat für einen historischen Moment die Kontrolle über die Öffentlichkeit. Die Märzgeständnisse von 1848 sprengten die alten Fesseln. Die Presse unterlag nicht mehr der Zensur, man durfte politische Vereine gründen, Petitionen auf den Weg bringen und sich zu politischen Versammlungen treffen. Liberale, auf parlamentarische Mehrheiten gestützte Märzministerien wurden in den Einzelstaaten errichtet und ein nationales Parlament in Frankfurt einberufen. Die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung, aber auch zu einzelstaatlichen Parlamenten und Gemeinderäten in den Städten fanden auf der Grundlage eines erweiterten Wahlrechtes statt. Breite Bevölkerungsschichten wurden von einer Politisierungswelle erfaßt.

Bereits unmittelbar nach Ausbruch der Revolution entstanden politische Vereine aus Volksversammlungen, aus Wahlkomitees, informellen Zirkeln oder aus bereits seit dem Vormärz existierenden, damals aber vorgeblich nur

geselligen Vereinigungen. Die politischen Vereine gaben sich Statuten, die parlamentarische Gepflogenheiten bei den Sitzungen festlegten, eine auf Dauer angelegte Organisation und politische Programme. Indem sie Volksversammlungen veranstalteten, Petitionen verfaßten, politische Bildungsarbeit leisteten, Öffentlichkeitsarbeit betrieben und Wahlkämpfe organisierten, wurden die Vereine zu Kulminationspunkten des politischen Lebens vor Ort. Sie vermittelten den lokalen Lebenswelten die „großen“ politischen Ereignisse. Nach unterschiedlichen politischen Richtungen getrennt, organisierten und kanalsierten sie den politischen Meinungsbildungsprozeß, dehnten den Kreis staatsbürgerlicher Aktivität aus und schufen eine sich selbst organisierende politische Öffentlichkeit.⁵

Es bildeten sich fünf verschiedene politische Richtungen heraus, die sich in diesem neuen politischen Vereinswesen organisierten. Dabei entwickelte sich ein dem modernen Parteiwesen ähnliches System politischer Organisationen: Erstens die Republikaner und die mit ihnen eng verbundene Arbeiterbewegung, die sich im wesentlichen außerhalb der Parlamente formierten und auf soziale Reformen und die republikanische Staatsform drängten. Zweitens die Demokraten, die trotz republikanischer Sympathien kompromißbereiter waren und als Staatsform eine „demokratische Monarchie“ mit starker Stellung des Parlamentes anstrebten. Drittens die konstitutionellen Liberalen, die die Bildung einer konstitutionellen Monarchie beabsichtigten. Viertens der politische Katholizismus, der auf der Grundlage einer streng kirchlichen innerkonfessionellen Ausrichtung die Ansprüche der katholischen Kirche im gesellschaftlichen Raum verteidigte; mit den sogenannten Piusvereinen schuf er eine breite außerparlamentarische Bewegung, die in der Regel eher konservative Positionen einnahm. Als fünfte politische Richtung traten die Konservativen auf, die vor allem in Preußen über ein beachtliches Vereinsnetz verfügten; in Hessen konnten sie sich jedoch nicht als eigenständig organisierte politische Kraft etablieren.

Nicht immer waren die politischen Strömungen so säuberlich organisatorisch getrennt, wie hier idealtypisch vorgestellt. Festzuhalten bleibt jedoch, daß das frühe Parteiwesen bereits zu Beginn der Revolution auf der Grundlage lokaler Vereine entstand, noch bevor sich korrespondierende parlamentarische Fraktionen formieren konnten.

Die Ausdifferenzierung verschiedener politischer Richtungen führte besonders im liberal-demokratischen Spektrum zu Konfrontationen. Noch im Vor-

märz hatten Liberale, Demokraten und Republikaner eine gemeinsame Opposition gegen den Obrigkeitsstaat gebildet, auch wenn Spannungen bereits erkennbar waren. Die sozialen Unruhen zu Beginn der Revolutionszeit schürten dann jedoch Revolutionsängste im liberalen Bürgertum und hatten den endgültigen Bruch der liberalen Konstitutionellen mit Demokraten und Republikanern zur Folge. Aus den demokratischen Mitstreitern von einst wurden die neuen politischen Gegner, aus konservativen Gegnern von gestern dagegen häufig neue Verbündete.

Der konstitutionelle Liberale Reinhard Eigenbrodt, 1848 hessen-darmstädtischer Innenminister und engster Vertrauter Heinrich von Gagerns, sah dies im Rückblick sehr kritisch: *Wir hatten also neue Freunde gewonnen, aber Freunde, die wir weder als zuverlässig betrachten, noch deren wir uns recht freuen konnten [...]. Freunde, welche uns diejenigen mit denen wir bis dahin gegangen, zu entfremden drohten.*⁶

Dies blieb nicht ohne Auswirkungen auf die konstitutionellen Liberalen, die dadurch selbst konservativer wurden. Gemeinsam blieb den liberalen und den demokratischen Vereinen das Ziel der Bildung eines deutschen Nationalstaates, wobei sich der Gegensatz Großdeutsch - Kleindeutsch nicht auf das Vereinswesen niederschlug. Nur bei den großdeutsch orientierten Piusvereinen, wo die nationale Frage vom konfessionellen Gegensatz überlagert wurde, war dies auch von Belang.

Unterschiedliche, sehr komplexe Faktoren wie Konfession, wirtschaftliche und soziale Strukturen sowie lokale und regionale Traditionen und Mentalitäten prägten dieses Fünfparteiensystem. Durch Zusammenschlüsse und feste Gremien der Parteivereine auf einzelstaatlicher und nationaler Ebene entstanden lockere Parteistrukturen. Sie waren eng verbunden mit den Parlamenten und seinen Fraktionen, doch im Zentrum der frühen Parteibildungen standen die außerparlamentarischen Organisationen.

Die Wahlbewegung im Frühjahr 1848 fachte die Politisierung der Bevölkerung an und löste eine wahre Gründungswelle von Parteivereinen aus. Im Vorfeld der Wahlen zur Nationalversammlung in Frankfurt kam es im April/Mai 1848 erstmals zu getrennten Wahlkomitees von Republikanern und Liberalen. Mit einem Hirtenbrief des Bischofs Peter Blum in Limburg - einem der ersten Wahlhirtenbriefe in Deutschland - wurde am 17. März 1848 die katholische Wahlbewegung in diesem Bistum eingeleitet.⁷

Dennoch waren die Wahlen zur Nationalversammlung im Frühjahr 1848

weitgehend noch Honoratiorenwahlen. Gewählt wurden Persönlichkeiten, politische Programme dagegen noch kaum. Die Wahlentscheidungen waren stark durch wirtschaftliche, konfessionelle und lokale Gesichtspunkte bestimmt. Mehr noch als bei den Wahlen zur Nationalversammlung wirkte sich dies bei Landtagswahlen aus. Kritisch vermerkte der liberal-konservative Publizist Wilhelm Heinrich Riehl in Wiesbaden über die nassauischen Landtagswahlen des Jahres 1848: *Da es vorher an jeglicher Gelegenheit gefehlt hatte, daß sich öffentliche Charaktere bilden und zeigen konnten, so waren die ersten Wahlen mehr einem Würfelspiel als einem Akt freier Selbsttätigkeit zu vergleichen.*⁸

Diese drastische Formulierung muß jedoch modifiziert werden, denn wie gerade für das Herzogtum Nassau nachweisbar ist, spielte bei der Wahlentscheidung dort die Autorität des liberalen Wahlkomitees in Wiesbaden, dem der nassauische Märzminister August Hergenbahn persönlich angehörte, eine wichtige Rolle. Von sechs Kandidaten des Komitees wurden vier in die Nationalversammlung gewählt.⁹

Popularität, Eloquenz und geschicktes öffentliches Auftreten zahlten sich bei Wahlen auch damals bereits aus. Bekanntestes Beispiel in Hessen war der populäre Mainzer Advokat Franz Zitz, Präsident des Mainzer Karnevalsvereins und ein fulminanter Redner. Bereits seit 1847 Mitglied der zweiten Kammer des hessischen Landtages, wurde er 1848 auch als Abgeordneter in die Nationalversammlung gewählt.¹⁰ Übrigens waren noch zwei weitere Mitglieder der Paulskirche Präsidenten von Karnevalsvereinen: Franz Raveaux aus Köln und Hugo Wesendonck aus Düsseldorf.

Unzutreffend ist dagegen die häufig kolportierte Charakterisierung der Frankfurter Nationalversammlung als „Professorenparlament“. Mit einem Anteil von 8 % der Abgeordneten waren Hochschullehrer keineswegs dominant und beispielsweise kaum mehr als halb so stark wie Notare und Rechtsanwälte vertreten. Mit Recht könnte dagegen von der Paulskirche als einem „Beamtenparlament“ gesprochen werden, denn deutlich mehr als die Hälfte aller Abgeordneten waren Beamte. Noch höher war mit etwa 83 % der Anteil jener Parlamentarier, die irgendwann in ihrem Berufsleben dem Staatsdienst oder dem kirchlichen Dienst angehört hatten.¹¹ Die prägenden Etappen im beruflichen Werdegang der meisten Paulskirchenabgeordneten bildeten daher einerseits das Referendariat, andererseits aber das Jurastudium, denn fast zwei Drittel von ihnen waren damals schon Juristen. Eine enge Bindung an den vorrevolutionären Staat war für die Mehrheit der Paulskirchenabgeordneten cha-

rakteristisch.¹²

Dieser Befund gilt auch für die insgesamt 36 im weitesten Sinne „hessischen“ Abgeordneten der Nationalversammlung von 1848/49, obgleich hier die höheren Beamten in Justiz und Verwaltung nur wenig mehr als ein Viertel ausmachten. Fast ebenso viele Abgeordnete waren Anwälte, daneben stellten freiberufliche Bildungsbürger und Gutsbesitzer hohe Anteile. Mit drei hessischen Universitätsprofessoren lag deren Anteil im Durchschnitt. Nur ein Fabrikant war unter den hessischen Abgeordneten zu finden, Handwerker und Bauern fehlten ganz. Alle bis auf zwei Ausnahmen hatten ein Studium absolviert, und drei Viertel von ihnen entstammten väterlicherseits ähnlichen bildungsbürgerlichen Familien. Zur Minderheit der sozialen Aufsteiger zählten beispielsweise die Rheinhessen Friedrich Schütz, Sohn eines Schuhmachermeisters, und der bereits erwähnte Gastwirtssohn Franz Zitz. Diese Gruppe der Aufsteiger bildete meist ein Element der Unruhe; sie neigten fast durchweg zur politischen Linken.

Während in der Nationalversammlung insgesamt die rechten Fraktionen die Mehrheit besaßen, gehörten die hessischen Abgeordneten unter ihnen überwiegend der Linken an. Allerdings bildete dabei die im politischen Spektrum der Paulskirche gemäßigt linke Fraktion Westendhall mit zehn Abgeordneten die stärkste politische Gruppierung, so daß je nach politischer Konstellation auch die politische Mitte über eine satte Mehrheit verfügen konnte. Die Ergebnisse der Wahlen von 1848/49 belegen, daß die hessischen Staaten zu dieser Zeit eine liberale und demokratische Hochburg bildeten.

Obgleich es sich bei den hessischen und nassauischen Abgeordneten um eine größtenteils akademisch gebildete Elite handelte, traf der verbreitete Vorwurf der Abgehobenheit und Realitätsferne nicht auf sie zu. Neuere Untersuchungen haben ganz im Gegenteil gerade die regionale Verwurzelung und die engen Bindungen der Abgeordneten an „partikuläre“ Interessen, Milieus und Klientele hervorgehoben. Die spezifische politische Kultur, die staatlich-institutionellen Rahmenbedingungen, die Verfassungstraditionen sowie die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Herkunftsregion dürften einen prägenden Einfluß auf die Abgeordneten ausgeübt haben.¹³ Die Herausbildung einer nationalen „politischen Klasse“ stand 1848 noch in ihren Anfängen.

Sowohl in der Nationalversammlung als auch in den Landtagen organisierten sich die Abgeordneten in Fraktionen, die sich bald auch Programme gaben, Fraktionsdisziplin durchsetzten und in mehr oder minder enger Verbindung mit

den außerparlamentarischen Organisationen standen. Mit der Differenzierung der politischen Parteien kam es bei Neu- oder Nachwahlen zunehmend zu Kämpfen in den Wahlkreisen. Eine neue Situation war entstanden: Ein Wahlsieg erforderte nun nicht mehr nur den individuellen Einsatz des Kandidaten, man brauchte auch die Unterstützung durch eine politische Organisation und die regionale Presse. Das Selbstverständnis der Abgeordneten wandelte sich. Sie fühlten sich ihren Wahlkreisen verpflichtet. Kamen sie aus dem Parlament nach Hause, so hielten sie Volksversammlungen ab und gaben dort Rechenschaft über ihre Tätigkeit im Parlament. Organisiert wurden diese Veranstaltungen von lokalen Parteivereinen, die auch für die erforderliche Publizität des Ereignisses sorgten. Auf diese Weise wurden die Bindungen zwischen den politischen Vereinen „vor Ort“ und den Abgeordneten in den Fraktionen gestärkt. Auf Kreis-, Bezirks- oder Landesebene organisierten die Vereinsverbände der unterschiedlichen politischen Richtungen den Wahlkampf für „ihre“ Kandidaten.

Bald entstanden feste Führungsgruppen aus den Reihen der lokalen Vereinspolitiker, die dann selbst als Kandidaten aufgestellt wurden. Die Grundlage dafür bildete eine förmliche Wahlkampforganisation, die bei der demokratischen Linken besonders effizient war. Den Demokraten gelang im November 1848 sogar die Schaffung der ersten modernen Partei auf nationaler Ebene: des Centralmärzvereins. Dieser verfügte über eine institutionalisierte und gut organisierte Verbindung zwischen den linken Fraktionen der Nationalversammlung und den Bezirks- und Landesverbänden der demokratischen Vereine. Im März 1849 waren dem Centralmärzverein mehr als tausend Ortsvereine mit etwa einer halben Million Mitglieder angeschlossen. Diese Schätzungen dürften sogar noch zu niedrig liegen.¹⁴

Die politische Presse war für die Herausbildung politischer Parteien unentbehrlich. Die Einführung der Pressefreiheit nach der Märzrevolution 1848 hatte zur Gründung zahlreicher Zeitungen geführt. Es gab eine förmliche Gier nach neusten Nachrichten. Über Nacht war in Deutschland eine freie politische Öffentlichkeit entstanden. Über die Stimmung in Frankfurt während der Reichsverfassungskampagne berichtete das Frankfurter Journal: *Hier in der ganzen Stadt, in den Straßen, in den Kaffee- Wein- und Bierhäusern große Aufregung. Der Eine fragt den Andern: was ist, was geschieht? Jeder erzählt Neuigkeiten, Jeder fragt danach; sogar die Buben auf den Gassen wissen und schreien es laut aus, was in den Cabinetten vorgeht; Frauen machen sogar*

ernste Gesichter und sprechen von den Gefahren, die von allen Seiten über das deutsche Volk hereinbrechen.¹⁵ Vieles war neu, das zeigt dieses Zitat. Sogar Frauen, Jugendliche und die Landbewohner, dies wurde in zeitgenössischen Berichten immer wieder als neu hervorgehoben, interessierten sich nun für politische Nachrichten.

Die Zeitungen wurden häufig zu „Organen“ von Parteivereinen. Sie druckten die Mitteilungen und Berichte über Vereinsveranstaltungen ab. Parteiähnliche Strukturen zu schaffen, indem politische Vereine untereinander und mit den Parlamentsfraktionen verbunden wurden - das ermöglichten erst die Zeitungen. Das Revolutionsjahr 1848 markierte somit auch den Beginn der Parteipresse in Deutschland.¹⁶ Als Parteiorgane konnten die Zeitungen aber auch die politische Richtung „ihres“ Vereins durch ihre Berichterstattung beeinflussen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß viele Redakteure Führungspositionen im politischen Vereinswesen einnahmen. Nur einige Beispiele unter vielen sind Ludwig Bamberger und Ludwig Kalisch in Mainz, August von Rochau in Frankfurt, Otto Lüning in Darmstadt, August Becker und Rudolf Fendt in Gießen, Karl Braun, Julius Oppermann und Wilhelm Heinrich Riehl in Wiesbaden.

Diese Redakteure und Vereinspolitiker waren in der Regel sehr jung. Bei den Redakteuren der hessischen Parteipresse lag das Durchschnittsalter bei Mitte bis Ende Zwanzig. Sie besaßen durchweg eine Hochschulbildung, waren Studenten, Literaten oder Rechtsreferendare, die nebenbei als Redakteure arbeiteten. Jungendliches Alter, qualifizierte Bildung und eine ungesicherte berufliche Stellung kennzeichneten diese „Intellektuellen“, deren Zahl zu dieser Zeit besonders hoch war. Dies war das Ergebnis eines Akademikerüberschusses seit den 1820er Jahren, der ein kritisches und radikales Potential in der Jugend erzeugte.¹⁷ Es erstaunt daher nicht, daß mit einer Ausnahme alle Genannten der demokratischen Linken zuzurechnen waren. *In keinem Lande Europas* seien diese *Proletarier der Geistesarbeit* zahlreicher vertreten als in Deutschland,¹⁸ meinte Riehl, der ironischerweise zeitweise selbst dieser Gruppe angehörte.

Der wohl bekannteste unter diesen Redakteuren, Ludwig Bamberger, bildet insofern eine Ausnahme, als er wohlhabenden bürgerlichen Verhältnissen entstammte. Er entsprach aber in besonderem Maße dem neuen Politikertyp, der sich während der Revolution herausbildete. Er machte eine zweite politische Karriere und vollzog nach der Revolution den charakteristischen Wechsel zum Nationalliberalismus. Deshalb will ich Bamberger etwas eingehender vorstellen.¹⁹ 1823 als zweiter Sohn eines Kaufmanns und Bankiers in Mainz geboren,

studierte Bamberger Jura und Philosophie. Da ihm als Juden der hessen-darmstädtische Staatsdienst verschlossen war und er auf eine Advokatur noch viele Jahre hätte warten müssen, wurde er 1848 Redakteur der „Mainzer Zeitung“. Bamberger bezog eine entschieden republikanische Position, die er erfolgreich in seinen Artikeln und öffentlichen Reden vertrat. Die in Mainz vorherrschende demokratische Gesinnung half ihm dabei. Der populäre Abgeordnete Zitz, bislang der Liebling der Mainzer, sah sich genötigt, nun ebenfalls radikaler aufzutreten. Dessen Ehefrau Kathinka beschrieb dies etwas süffisant so: *Bamberger trat bei einer Volksversammlung als rother Republikaner auf und riß das Volk unwiderstehlich hin. Das konnte die Eitelkeit meines Mannes nicht ertragen. [...] Er riß Bamberger fast gewaltsam von der Tribüne, und als er sie nun betrat, war er noch hundertmale röther, als sein Vorgänger [...].*²⁰

Bambergers Einsatz bei der Volksversammlung und seine Zeitungsartikel trieben die politische Polarisierung in Mainz voran. Zusammen mit Zitz, mit dem er bald Freundschaft schloß, war er einer der führenden Demokraten der Stadt geworden und wurde in das *neue Bürgerkomitee* gewählt. Mit jugendlichem Schwung betrieb er die Wahlagitation und verkündete: *Die Doktoren mögen Mixturen verschreiben, wir verschreiben rauhen Wind. Sturm blasen ist unser Geschäft, Sturm blasen wir heute zu nächsten Wahlen.*²¹ Seit Mai 1848 engagierte sich Bamberger verstärkt im entstehenden demokratischen Vereinswesen. Er gehörte zu den Mitbegründern und Vorstandsmitgliedern des Demokratischen Vereins in Mainz, für den er die Statuten formulierte.²² *Verwirklichung der Grundsätze der Volkssouveränität im Staate und in der Gesellschaft sowie das thatkräftige Wirken zur Befriedigung der Ansprüche Aller auf geistiges und materielles Wohl*²³ - so benannte Bamberger die Ziele des Vereins, der mit zeitweise über 2000 Mitgliedern zur stärksten politischen Kraft der Stadt wurde.

Bamberger saß außerdem im Vorstand des demokratischen Turnvereins von Mainz und wurde im Juli 1848 zum Vorsitzenden einer allgemeinen Turnerversammlung in Hanau gewählt. Seit September 1848 war Bamberger auch Präsident des Demokratischen Vereins in Mainz und Mitglied seiner sozialen Kommission. Im Oktober 1848 leitete er den 2. Demokratenkongreß in Berlin, zu dem demokratische Organisationen und Arbeitervereine aus ganz Deutschland Delegierte entsandt hatten. Seit dem Spätsommer 1848 wurden in den rheinhessischen Gemeinden verstärkt demokratische Vereine gegründet, die sich unter der Leitung von Mainz zusammenschlossen. Dem Führungsgremium

dieses im Mai 1849 120 Vereine umfassenden demokratischen Provinzialverbandes gehörte Bamberger ebenfalls an.²⁴

Bamberger stand also im Zentrum der neuen politischen Organisationsnetze. Sein Terminkalender dürfte durch Reden, Agitationsreisen, Versammlungen und das Verfassen von Aufrufen und Artikeln gut gefüllt gewesen sein. Ein zeitgenössischer Zeitungsartikel karikierte die *Vereinswut* der Demokraten und das Treiben der Vereinspolitiker: *Am Sonntag ist Singverein, dessen Mitglied man ist, am Montag kommen die Turner zusammen, am Dienstag ist Besprechung über das, was Mittwoch im demokratischen Verein verhandelt werden soll, oder man muß auswärts dafür werben; denn Donnerstag ist Volksversammlung hier, wo man nicht fehlen darf; am Freitag dort; am Samstag muß man nothwendig von allen diesen Strapazen ausruhen, weil Sonntag wieder hier oder da Fahnenweihe, Bürgergarden-Ball ist. [...] Aber auch wenn man zu Hause bleibt, da ist eine Stimme, ein Vortrag einzuüben, ein Auszug aus einem Flugblatte zu machen etc.*²⁵

Neben dem Beruf und der Vereinsarbeit blieben solchen Vereinspolitikern spätestens nach ihrem ersten Abgeordnetenmandat keine freien Stunden mehr. Funktions- und Mandatshäufungen waren fast die Regel. Der mehrfach erwähnte Franz Zitz war nicht nur Abgeordneter des hessen-darmstädtischen Landtags und der Frankfurter Nationalversammlung, er wurde auch in den Bezirksrat von Rheinhessen gewählt, war Oberst der Mainzer Bürgerwehr, Vorstandsmitglied des Demokratischen Vereins in Mainz, Mitglied des demokratischen Provinzialdirektoriums für Rheinhessen und des provisorischen Central-Ausschusses der demokratischen Vereine Deutschlands.

In den Staaten auf dem Gebiet des heutigen Hessen wurden die späteren Wahlen und Nachwahlen 1848/49 meist von linken Kandidaten gewonnen - ein Indiz für die ausgezeichnete Wahlkampforganisation und das dichte Netz der demokratischen Vereine, mit denen sowohl konstitutionelle als auch katholische Vereine nicht konkurrieren konnten. Die typische „moderne“ Politikerkarriere führte dabei von Vorstandspositionen in lokalen und regionalen Parteienvereinen hin zu politischen Mandaten. Bamberger dagegen hatte Pech: Er wurde zwar noch im Juni 1849 von den Mainzer Wahlmännern als Nachrücker in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt, konnte aber aufgrund des Sieges der gegenrevolutionären Kräfte und der Auflösung des Parlamentes sein Mandat nicht mehr antreten. Er mußte wie viele „Achtundvierziger“ ins Exil gehen und hielt sich bis 1866 in der Schweiz, in London, Antwerpen und Paris

auf. Nach einer Bankkaufmannslehre wurde er dort Leiter der Pariser Bankfiliale seiner Verwandten.

Ogleich er seine Karriere als republikanischer „Hardliner“ begonnen hatte, verkörperte Bamberger einen Politikertyp, der in der Öffentlichkeit wirkte und sich auf Parteiorganisationen stützte: flexibel, pragmatisch und ausgleichend. So trat Bamberger im Mai 1849 für die Verteidigung der von der Paulskirche verabschiedeten Reichsverfassung ein, obgleich diese eine konstitutionelle Monarchie als Staatsform vorsah. Ihm war die Vereinigung aller Kräfte von den konstitutionellen Liberalen bis zu den Demokraten zur Bewahrung der Grundrechte gegen die fürstliche Reaktion wichtiger als konsequentes Eintreten für die Republik. Dies sahen entschiedene Republikaner anders; sie wollten, wie sie selbst sagten, *auf ihrem Prinzipie beharren, um wenigstens dessen theoretische Reinheit dem Volke als Wahrzeichen der Zukunft hinzustellen.*²⁶ Diese Auffassungen der äußersten Linken lehnte Bamberger kategorisch ab. Er griff sie daher als *demokratische Prinzipreiter*²⁷ in seinen Zeitungsartikeln besonders bissig an: *Eiserne Konsequenz, so schrieb Bamberger, sei selten ein Zeichen für Verstandesschärfe. Die pragmatische Orientierung Bambergers wurde also bereits in der Revolutionszeit deutlich. Erstmals wurden damit in der deutschen Parteiengeschichte Konflikte um den Kurs einer politischen Partei zwischen pragmatisch orientierten „Realpolitikern“ und prinzipientreuen „Fundamentalisten“ ausgetragen. 44 Jahre später urteilte er darüber: Immer wieder von neuem erfaßt mich Verwunderung, wenn ich das damals Geschriebene nachlese und die buchstäbliche Wiederkehr von Streitigkeiten konstatiere, die seitdem so oft, und bis auf den heutigen Tag, sich im deutschen liberalen Lager wiederholt haben und die Unfruchtbarkeit der Liberalen erklären.*²⁸

Die neuen pragmatischen Vereinspolitiker grenzten sich aber auch von den idealistischen Gesinnungspolitikern älteren Typs deutlich ab. Selbst in den Erinnerungen merkt man noch den Spott, den der junge Bamberger dem sittlichen Pathos und dem mangelnden Realitätsbezug der Gagerns, Welckers und Riesers entgegenbrachte: *Diese Staatsmänner waren von einem so überquellenden sittlichen Hochgefühl erfüllt, daß sie uns, ihren radikalen Widersachern, eine unbegrenzte Antipathie einflößten. Seit Jahresfrist hatten wir ihnen ihre Selbsttäuschung vorgehalten, von Stufe zu Stufe waren alle ihre vertrauensvollen Erwartungen zu Schanden geworden, und jetzt, wo sichtbar die letzten Reste in Trümmer fielen - denn an das Zustandekommen des preußischen*

Erbkaisertums konnte kein Vernünftiger glauben - apostrophierten sie noch die Mitwelt mit Orakelstimmen voll strotzender Unfehlbarkeit. Gewiß, wir jungen Republikaner trieben auch in Thorheiten hinein, aber wir waren doch nicht mit Blindheit geschlagen über die Zustände und Thatsachen [...].²⁹

Hier zeigte sich auch ein Generationenkonflikt. Nicht zufällig gehörte Bamberger jener Generation liberaler Politiker an, die die *Realpolitik* im Sinne August von Rochaus gestaltete. Nach Karl Mannheim hatten die *Generationslagen*, also die Zugehörigkeit zu einander verwandten Geburtsjahrgängen, die Eigenschaft, daß sie Individuen auf einen bestimmten Spielraum möglichen Geschehens beschränken und damit eine spezifische Art des Erlebens und Denkens, eine spezifische Art des Eingreifens in den historischen Prozeß nahelegen.³⁰ Diese Generationslagen wurden ganz wesentlich durch die Durchgangsstationen beeinflußt, die man absolvieren mußte, um bestimmte Qualifikationen zu erwerben. Solche Durchgangsstationen waren beispielsweise für Nassauer das Gymnasium in Weilburg und der obligatorische Besuch der Universität Göttingen, für die Hessen-Darmstädter die Landesuniversität Gießen. Dort wurden - trotz aller individueller Unterschiede und politischer Differenzen - gemeinsame Anschauungen einer Generation geformt. Diese setzte sich so durch gemeinsame Erfahrungen, Formen des Umgangs und der Auseinandersetzung sowie geistige Bezüge und Referenzen von anderen Generationen ab.³¹

Mit Friedrich Lang, Karl Braun, Hubert Hilf, Julius Oppermann und Ferdinand Möller besuchten die wichtigsten Vertreter der demokratischen Führungsgruppe Nassaus etwa zur selben Zeit das Gymnasium in Weilburg. Lang und Braun, in den 1860er Jahren Wortführer der liberalen Opposition in Wiesbaden, waren Schulfreunde gewesen. Bestimmte Lehrer- und Dozentenpersönlichkeiten, wie Pfarrer Ludwig Weidig und der Gießener Privatdozent Moritz Carrière, bei dem Bamberger Philosophie studierte, beeinflussten ganze Schülergenerationen in ihren politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen. Meinungsbildend wirkten auch Akademische Verbindungen, Freundeskreise und informelle Zirkel der meist jugendlichen Teilnehmer. Sie bildeten über die Zeit des Studiums hinaus wichtige Kommunikations- und Bekanntschaftsnetze.

Hinzu kam die Kleinräumigkeit und Überschaubarkeit der damaligen Welt. Auf dem Gebiet Hessens einschließlich der heute rheinland-pfälzischen Teile lebte 1848 eine Gesamtbevölkerung von etwas mehr als 2 Millionen Menschen. Die damaligen Städte hatten die große Welle der Urbanisierung und der Landflucht noch vor sich. In Darmstadt lebten etwa 28.000 Einwohner, und

selbst Frankfurt, die bei weitem größte Stadt der gesamten Großregion, hatte damals nur knapp 60.000 Einwohner. Davon hatten nur die wenigsten eine höhere Bildung genossen, so daß die höheren Bildungseinrichtungen einen ausgesprochen elitären Charakter besaßen. Jeder kannte jeden - zumindest unter den Einflußreichen in Politik und Verwaltung.

Die neuen Parteivereine entstanden auf der Basis solcher Beziehungsgeflechte und Milieus im kommunalen und regionalen Umfeld. Die Gemeinde war für die neuen Vereinspolitiker daher ein Hauptwirkungsfeld. *Übungsfelder für den Geist der Selbstregierung* nannte der liberale Publizist August von Rochau die Gemeindeverfassungen.³² Viele Bürgermeister begannen ihre Karrieren im Vereinswesen der Revolutionszeit - ein erweitertes kommunales Wahlrecht bildete daher einen Motor für die Parteibildung auf kommunaler Ebene. Heinrich Ferber in Gießen, Heinrich Fischer in Wiesbaden, Ferdinand Eberstadt in Worms und Justus Georg Kahlert in Darmstadt sind Beispiele für Vereinsvorstände, die 1848/49 zu Bürgermeistern gewählt wurden. Das Beispiel Eberstadts, Vorsitzender des demokratischen Vereins in Worms³³, zeigt zugleich auch, daß man in den neuen politischen Vereinen traditionelle Barrieren durchbrechen konnte. Eberstadt war einer der ersten Angehörigen der jüdischen Minderheit, der in Deutschland zum Bürgermeister einer größeren Stadt gewählt wurde. Bemerkenswert war auch, daß sich vor allem eher linksliberale und demokratische Politiker diese neuen Chancen zunutze machen konnten.

III

Die politischen Milieus und Beziehungsgeflechte, auf denen das politische Vereinswesen von 1848/49 beruhte, erwiesen sich als erstaunlich stabil. Sie überdauerten die Reaktionsjahre und bildeten die Voraussetzung für die Neuentstehung des Parteiwesens in den 1860er Jahren. So berichtete Ludwig Bamberger in seinen Erinnerungen über Rheinhessen: *Die Parteiorganisation, welche wir damals schufen, überlebte in ihrer Überlieferung die Reaktionszeit der fünfziger Jahre, und als ich nach achtzehn Jahren mit meiner Kandidatur für das Zollparlament unter ganz veränderten Umständen und in einer wesentlich anderen Richtung meinen Wahlfeldzug führte, waren es noch die Grundlagen jener alten Vereinsbildung und ihrer Methode, welche zu meinem Erfolg ein gutes Stück beitrugen und so mir die Früchte einer längst vergangenen Arbeit einbrachten [...].³⁴*

Nicht nur Milieus überstanden die Repressionen der 1850er Jahre, sondern trotz der großen Emigrationswelle auch viele Politiker, die durch die Schule des Vereinswesens der Revolutionsjahre gegangen waren. Wie Bamberger kehrten zahlreiche „Achtundvierziger“ nach Jahren der Emigration zurück: Von den sieben nach der Revolution emigrierten hessischen Paulskirchenabgeordneten kamen immerhin drei wieder. Andere überstanden die Reaktionsjahre in Deutschland. Wie eine neue quantitative Untersuchung anhand der Abgeordneten der Paulskirche gezeigt hat, konnte für fast drei Viertel von ihnen eine politische Karriere in späterer Zeit nachgewiesen werden.³⁵ Die „Achtundvierziger“ waren keine „verlorene Generation“. 1848 war vielmehr eine Umbruchzeit, in der besondere Verhältnisse den Aufstieg einer neuen politischen Elite ermöglichten, deren Karriere zwar durch die Reaktionszeit beeinträchtigt, nicht aber abgebrochen wurde.³⁶ Gerade in den süd- und mitteldeutschen Staaten verlief die Reaktion vergleichsweise gemäßigt, und schon bald konnten sich Liberale und Demokraten hier erneut formieren.³⁷

Bamberger ist ein Beispiel für jene, deren eigentliche Karriere auf nationaler Ebene überhaupt erst nach dieser Unterbrechung begann. Bereits 1868 wurde er in das Zollparlament und 1871 in den Reichstag gewählt. Als enger Berater Bismarcks und finanzpolitischer Experte der nationalliberalen Reichstagsfraktion wirkte Bamberger in den 1870er Jahren maßgeblich bei der Vereinheitlichung des deutschen Münzwesens und der Gründung der Reichsbank mit.

Vor allem die jüngere Generation der Demokraten von 1848/49 schloß sich in der Neuen Ära dem Nationalverein an und befürwortete einen kleindeutschen Nationalstaat unter preußischer Führung.³⁸ In Wiesbaden zählten zu ihnen die Führer der Nassauischen Fortschrittspartei von 1863, Karl Braun und Friedrich Lang, die schon in der Revolutionszeit prominente Vereinspolitiker und Wortführer der Landtagslinken waren; in Darmstadt ist hier vor allem August Metz zu nennen, der 1849 den Darmstädter Märzverein leitete und als Vorstandsmitglied des „Wehrausschusses“ und der Landesversammlung der hessischen demokratischen Vereine zum Kampf für die Reichsverfassung der Paulskirche aufrief. Er gehörte später dem Vorstand des Nationalvereins an und gründete 1862 die Hessische Fortschrittspartei.³⁹ Auch Persönlichkeiten wie Hubert Hilf, Joseph Görz, Jakob Schaub, Balthasar Matty, Karl Scriba, Friedrich Oetker und Moritz Kuhl sind Beispiele ehemaliger hessischer, kurhessischer und nassauischer demokratischer Vereinspolitiker der Revolutionszeit, die sich schließlich im nationalliberalen Lager wiederfanden.

Der 1859 gegründete Nationalverein spielte für die Formierung einer kleindeutsch-liberalen Partei aus ehemaligen Demokraten und konstitutionellen Liberalen eine zentrale Rolle.⁴⁰ Ein Kompromiß bildete die Grundlage für diese Parteibildung: Die einen waren jeweils bereit, die „Verirrungen“ der anderen zu vergeben und vergessen. Für die ehemaligen Demokraten bedeutete das auch die Anerkennung der vorhandenen Verfassungswirklichkeit in den deutschen Staaten als Ausgangspunkt für Reforminitiativen und den Verzicht auf den Weg der Revolution. Die republikanische Staatsform wurde damit für die praktische Politik zunehmend zur utopischen Vision. Wie bereits im Frühjahr 1849 diente die Reichsverfassung der Paulskirche auch jetzt als verfassungspolitischer Konsens zwischen Liberalen und Demokraten, im Vordergrund stand dagegen das nationalpolitische Ziel der deutschen Einigung. Weniger bekannt ist die Tatsache, daß auch der prominenteste Liberale von 1848, Heinrich von Gagern, wiederholt zum Beitritt in den Nationalverein eingeladen wurde. Damit wurde versucht, durchaus auch in taktischer Hinsicht Brücken zu bauen und an das „Erbe“ von 1848/49 anzuknüpfen. Gagern lehnte jedoch ab, weil er sich inzwischen großdeutschen Positionen angenähert hatte.⁴¹

Nicht nur auf Reichsebene, sondern gerade auch im lokalen Bereich gelang es Vereinspolitikern der Revolutionszeit später wieder Fuß zu fassen. Sogar ein ausgesprochen radikales Engagement diskreditierte dabei offenbar nicht für alle Zeiten. Zwei Oberbürgermeister rheinischer Großstädte, Karl Wallau aus Mainz und Hermann Heinrich Becker aus Köln, hatten sich 1848 in der Arbeiterbewegung engagiert und waren Mitglieder des Bundes der Kommunisten gewesen. Der *rote Becker*, wie er genannt wurde, hatte dafür im Gefängnis gesessen⁴², und Wallau wurde wegen seiner Beteiligung an der Reichsverfassungskampagne 1849 von der bayerischen Justiz in Abwesenheit zum Tode verurteilt.⁴³ Als sie in den 1870er Jahren die Geschicke ihrer Städte lenkten, war ihre politische Haltung allerdings inzwischen gemäßigter geworden. Die Einbindung in lokale Milieus sowie das geschickte Agieren in Parteigremien und in der politischen Öffentlichkeit waren offenbar Fähigkeiten, die auch unter veränderten Verhältnissen Erfolge brachten.

Die Vorstellung von der Unbeweglichkeit der städtischen Honoratiorenpolitik in jener Zeit ist falsch. Becker und Wallau setzten die Erweiterung der durch Festungswälle eingeschnürten Städte Mainz und Köln oft gegen den Widerstand des Militärs durch.⁴⁴ Die beiden Oberbürgermeister legten damit die Basis für eine moderne großstädtische Entwicklung ihrer Kommunen. Ange-

sichts des beispiellosen Bevölkerungswachstums der Städte und der rasanten Industrialisierung in den 1870er Jahren waren es Kommunalpolitiker wie Wallau und Becker, die durch moderne Stadtplanung und den Aufbau einer „Leistungsverwaltung“ dazu beitrugen, die gewaltigen sozialen Probleme ihrer Zeit zu bewältigen.⁴⁵ Doch auch die Erfolgsbilanzen der „liberalen Ära“ auf Reichsebene und in vielen deutschen Ländern sind beachtlich. Hierzu zählen beispielsweise die Justizgesetze, das Reichspressegesetz, die Errichtung des Reichsgerichts und nicht zuletzt die liberalen Elemente in der Verfassung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches von 1871.⁴⁶ Diese stellten bleibende Errungenschaften in der Tradition der Paulskirche dar.

Die Revolutionszeit einerseits und die Reaktion und die Emigration andererseits formten den Erfahrungshintergrund der Politiker, die sich seit den späten 1850er Jahren erneut formierten, um ihre nationalen und liberalen Ziele zu realisieren. Was aber, so bleibt nun zum Schluß noch zu fragen, waren jene *Lehren von 1848*? Nicht um die Wahrheit von Prinzipien und Ideen, sondern um ihre Realisierbarkeit und um ihre Anziehungskraft gehe es in der Politik, schrieb Rochau in seinen 1853 verfaßten *Grundsätzen der Realpolitik*, und weiter hieß es: *Die Politik, welche sich in ein richtiges Verhältnis zur Idee setzen will, hat es viel weniger mit der Wahrheit derselben zu tun als mit der Frage: wie weit die Menschen fähig und bereit sind, die Idee in sich aufzunehmen und ihr zu dienen.*⁴⁷

Damit verabschiedeten sich Rochau und mit ihm große Teile der jüngeren liberalen Politiker von vielen älteren liberalen Vorstellungen. Macht galt nun als erste Bedingung für das Glück der Nationen und staatlicher Selbsterhaltungstrieb als oberste Maxime. Dies führte konsequent zur nationalen Machtpolitik, deren Prinzipien Rochau prägnant formulierte: *Herrschen heißt Macht üben, und Macht üben kann nur der, welcher Macht besitzt. Dieser unmittelbare Zusammenhang von Macht und Herrschaft bildet die Grundwahrheit aller Politik und den Schlüssel der ganzen Geschichte.*⁴⁸

Kritisiert wurde von vielen jüngeren Liberalen die angeblich idealistische Macht- und Erfolglosigkeit der vorherigen liberalen Politikergeneration – *Gagerische Träumereien*, so hieß es.⁴⁹ Dies bedeutete in letzter Konsequenz auch eine Absage an viele Vorstellungen und Ziele der Revolution. Die Bereitschaft zur Machtpolitik verlieh der neuen liberalen Führungsgruppe einen, wie es ein Historiker kürzlich formulierte, *kalt berechnenden Zug.*⁵⁰

Zu Recht sprach Bamberger von *einer wesentlich anderen Richtung*, welche

er in den 1860er Jahren unter *ganz veränderten Umständen* beschritt. Zu diesen veränderten Umständen zählten zunächst ein im Vergleich zu 1848 eingeschränktes Wahlrecht auf kommunaler wie auch auf Landesebene sowie Behinderungen der Tätigkeit der politischen Opposition. Außerdem hatte sich auch das historische Umfeld gewandelt. Die gesellschaftlichen Wertvorstellungen einer Zeit bestimmen den Handlungsrahmen gerade auch der Politiker. Sie waren nicht Vorbilder, sondern Spiegelbilder ihrer Gesellschaft. So bildete sich nicht zufällig in der wirtschaftlichen Boomphase der 1850er und 60er Jahre der Typ des erfolgsorientierten politischen „Managers“ heraus, wie ihn in Hessen August Metz am besten verkörperte.⁵¹

Als Schlüsselfigur der Süddeutschen im Nationalverein und herausragender Kopf der Liberalen im Darmstädter Landtag führte Metz die von ihm mitbegründete Hessische Fortschrittspartei 1862 zu einem gewaltigen Wahlsieg. Daß es dem kleindeutschen Nationalverein gelang, in Hessen Fuß zu fassen, ist ganz wesentlich August Metz zu verdanken. Er trug daher dazu bei, die politischen Grundlagen für die Reichseinigung zu legen. Schon 1862 schrieb der „Grenzbote“ über ihn: *Ohne sein Erscheinen in Eisenach wäre nachher der Nationalverein schwerlich in Frankfurt zustande gekommen, hätten die süddeutschen Liberalen schwerlich den norddeutschen zu dauernder Gemeinsamkeit die Hand gereicht.*⁵² Freilich verschaffte er sich damit und durch seinen Politikstil auch viele erbitterte Feinde. Schon zu seinen Lebzeiten war er umstritten. Nach 1866 trat er der Nationalliberalen Partei bei und wurde zu *ihrem alleinigen Führer* in Hessen.⁵³ Es mag vielleicht kein Zufall sein, daß zu August Metz, einem der bedeutendsten hessischen Politiker des letzten Jahrhunderts, noch immer keine Biographie vorliegt. Sein unerwarteter Tod am 23. Februar 1874 beendete seine politische Karriere abrupt. Sein Denkmal auf dem Darmstädter Johannisplatz, das dem *Kämpfer für Deutschlands Einheit, für Recht und Freiheit* errichtet wurde, brachen die Nazis 1940 als *Judendenkmal* ab.⁵⁴

Allerdings waren auch viele hessische Demokraten nicht bereit, den nationalliberalen Kurs mitzumachen. Friedrich Wilhelm Schulz⁵⁵ aus Darmstadt zählte zu den Prominentesten unter ihnen, aber auch Republikaner der jüngeren Generation wie Rudolf Fendt blieben ihrer Überzeugung treu und bezahlten dies meist mit dem Verzicht auf eine weitere politische Karriere. Fendt griff sogar August Metz persönlich an, der ihn 1850 noch als Rechtsanwalt verteidigt hatte.⁵⁶

Die Demokraten zählten langfristig zu den Verlierern der neuen politischen Konstellation. Zwar bildeten sich in den südwestdeutschen Staaten in den 1860er Jahren demokratische Parteien neu, doch vermochten sie nicht an ihre frühere Stärke anzuknüpfen. Von der Reichsgründung, zu deren Verlierern sie abermals gehörten, erholten sich die demokratischen Parteien nicht mehr.⁵⁷ Als der nach Amerika emigrierte Friedrich Hecker 1873 einen Deutschlandbesuch unternahm und dabei vor allem Baden, Hessen und Württemberg bereiste, resümierte er die politische Situation im neuen deutschen Kaiserreich folgendermaßen: *Republikaner leben nur als spärliche Exemplare in dunklen Höhlen, wie die letzten Saurier, und die Demokraten sind dünn gesät und nur dann und wann sichtbar wie die Strichvögel.*⁵⁸ Er bleibe daher lieber einer der zwei Millionen Souveräne von Illinois statt Untertan im deutschen Kaiserreich.⁵⁹

Die dauerhafte Wirkung der Verfassung der Paulskirche und das in seinen Grundzügen bis ins 20. Jahrhundert prägende Parteiensystem der Revolutionszeit gehören sicherlich zu den bleibenden „Erfolgen“ von 1848/49. Der völlige Niedergang des bürgerlichen Republikanismus als politische Kraft und das Schwinden der Anziehungskraft plebiszitär-demokratischer Konzepte zählten jedoch andererseits zu den folgenreichen Auswirkungen des Scheiterns der Revolution.

Anmerkungen:

¹ Druckfassung des Vortrags, der am 18. Januar 1999 in der vom Historischen Verein für Hessen und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung veranstalteten Reihe „Wirkungen der Revolution 1848/49“ im Haus der Geschichte, Darmstadt, gehalten wurde.

² Vgl. vor allem THOMAS MERGEL, CHRISTIAN JANSEN, Von „der Revolution“ zu „den Revolutionen“: Probleme einer Interpretation von 1848/49, in: DIES. (Hg.), Die Revolutionen von 1848/49: Erfahrung - Verarbeitung - Deutung, Göttingen 1998, S. 7-13; WOLFRAM SIEMANN, Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt a.M. 1985, S. 15f. Als Überblick über die Literatur zu 1848/49 vgl. DIETER LANGEWIESCHE, Die deutsche Revolution von 1848/49 und die vorrevolutionäre Gesellschaft: Forschungsstand und Forschungsperspektiven (Teil I), in: Archiv für Sozialgeschichte 21 (1981), S. 458-498; (Teil II), in: Archiv für Sozialgeschichte 31 (1991), S. 331-443; ferner die laufende Bibliographie im Jahrbuch für Liberalismus-Forschung. CHRISTIAN JANSEN überließ mir für diesen Beitrag freundlicherweise die maschinenschriftliche Fassung seiner Habil.-Schrift: Einheit, Macht und Freiheit. Die Paulskirchenlinke und die deutsche Politik in der nachrevolutionären Umbruchphase des deutschen Liberalismus (1849-1867), Bochum (masch.) 1998. Diese wird 1999 in den Beiträgen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien erscheinen.

³ LUDWIG AUGUST VON ROCHAU, Grundsätze der Realpolitik. Angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands, hg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt u.a. 1972, S. 205.

⁴ Vgl. als Überblick über das politische Vereinswesen in der Revolutionszeit neuerdings MICHAEL WETTENGEL, Parteibildung in Deutschland. Das politische Vereinswesen in der Revolution von 1848, in: Dieter Dowe, Heinz-Gerhard Haupt, Dieter Langewiesche (Hgg.): Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 701-738; grundlegend: DIETER LANGEWIESCHE, Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49, in: Geschichte und Gesellschaft 4 (1978), S. 324-361; zu Hessen vgl. MICHAEL WETTENGEL, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum: Politische Vereine und Revolutionsalltag im Großherzogtum Hessen, Herzogtum Nassau und in der Freien Stadt Frankfurt, Wiesbaden 1989; HELLMUT SEIER, Das kurhessische Parteiensystem, in: 100 Jahre Historische Kommission für Hessen 1897-1997. Festgabe dargebracht von den Autorinnen und Autoren der Historischen Kommission, Marburg 1997, S. 769-806.

⁵ Vgl. WETTENGEL, Revolution im Rhein-Main-Raum (wie Anm. 4), S. 50ff.

⁶ REINHARD KARL THEODOR EIGENBRODT, Meine Erinnerungen aus den Jahren 1848, 1849 und 1850, hg. von Ludwig Bergsträsser, Darmstadt 1914, S. 41.

⁷ Hirtenbrief des Bischofs PETER BLUM von Limburg, 17. März 1848, Beil. 17 zu WILHELM HEINRICH RIEHL, Nassauische Chronik des Jahres 1848, Wiesbaden 1849, neu hg. von Guntram Müller-Schellenberg, Idstein 1979.

⁸ RIEHL (wie Anm. 7), S. 48.

⁹ Vgl. BERNDT VON EGIDY, Die Wahlen im Herzogtum Nassau 1848-1852. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Parteien am Mittelrhein, in: Nassauische Annalen 82 (1971), S. 215-306; MICHAEL WETTENGEL, Die Revolution von 1848/49 im Herzogtum Nassau, in: Klaus Böhme, Bernd Heidenreich (Hgg.), „Einigkeit und Recht und Freiheit“, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 157-198.

¹⁰ Vgl. LUDWIG FRÄNKEL, KATHINKA und FRANZ ZITZ, in: Allgemeine Deutsche Biographie 45, Berlin 1900, S. 373-379; HEINRICH BEST, WILHELM WEEGE, Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1996, S. 373f.; MANFRED KÖHLER, Aus dem Lande des Republikanismus, der Sklavenbefreiung und des Nützlichkeitsprinzips. New Yorker Briefe des Mainzers Franz Zitz an Julius Fröbel (1851-1865), in: Mainzer Zeitschrift 84/85 (1989/90), S. 167-199.

¹¹ BEST/WEEGE (wie Anm. 10), S. 5.

¹² Vgl. HEINRICH BEST, Die Männer von Bildung und Besitz. Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich 1848/49. Düsseldorf 1990, S. 238.

¹³ Vgl. BEST/WEEGE (wie Anm. 10), S. 5.

¹⁴ Vgl. MICHAEL WETTENGEL: Der Centralmärzverein und die Entstehung des deutschen Parteiwesens während der Revolution von 1848/49, in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung, 3. Jahrgang (1991), Baden-Baden 1991/92, S. 34-81.

¹⁵ Frankfurter Journal Extra-Beil. 103/29.4.1849.

¹⁶ Vgl. WETTENGEL (wie Anm. 4), S. 116ff.; MARIANNE ECKEL, Die politische Presse Hessens von 1830 bis 1850, Würzburg/Aumühle 1938; ADELHEID SCHÄFER, Hessische Zeitungen. Bestandsnachweis für die bis 1950 im Gebiet des ehemaligen Großherzogtums und Volksstaats Hessen erschienenen Zeitungen, Darmstadt 1978; MARTIN HENKEL, ROLF TAUBERT, Die deutsche Presse 1848-1850. Eine Bibliographie, München, u.a. 1986.

¹⁷ Vgl. LEONORE O'BOYLE, The Image of the Journalist in France, Germany, and England, 1815-1848, in: Comparative Studies in Society and History 10 (1968), S. 290-317; dies.: The Problem of an Excess of Educated Men in Western Europe 1800-1850, in: Journal of Modern History 42 (1970), S. 471-495.

¹⁸ WILHELM HEINRICH RIEHL, Die bürgerliche Gesellschaft, Stuttgart/Tübingen 2. Aufl. 1854, S. 305.

¹⁹ Vgl. MARIE-LISE WEBER, Ludwig Bamberger. Ideologie statt Realpolitik. Wiesbaden 1987; STANLEY ZUCKER, Ludwig Bamberger. German Liberal Politician and Social Critic, 1823-1899. Pittsburgh 1975; ROLF WEBER: Ludwig Bamberger, in: Helmut Bleiber, u.a. (Hg.): Männer der Revolution von 1848, Bd. 2, Berlin (DDR) 1987, S. 273-304.

²⁰ Hessische Landesbibliothek Wiesbaden, Hs. 122 (Nachlaß Kathinka Zitz) II, Kathinka Zitz: Skizzen aus meinem Leben, 2. Fassung, Bl. 107 (Rückseite). Vgl. zu dieser Szene auch Mainzer Zeitung 109/18.4.1848; LUDWIG BAMBERGER, Erinnerungen, hg. von P. Nathan, Berlin-1899, S. 66ff.; WENDELIN WEILER, Darstellung der Ereignisse in Mainz im ersten halben Jahre 1848, Wiesbaden 1848, S. 83ff.

²¹ LUDWIG BAMBERGER, Die Flitterwochen der Preßfreiheit, in: Gesammelte Schriften, Bd. 3: Politische Schriften von 1848 bis 1868. Berlin 1895, S. 1-58, hier S. 38 (Zeitungsartikel aus der Mainzer Zeitung vom 15.4.1848).

²² Vgl. BAMBERGER (wie Anm. 20), S. 80.

²³ Stadtarchiv Mainz, Flugblattsammlung, „Programm des 'Demokratischen Vereins zu Mainz'“, 26. April 1848.

²⁴ Vgl. WETTENGEL (wie Anm. 4), S. 334ff.

²⁵ Nassauische Allgemeine Zeitung 241/21.12.1848.

²⁶ Neue Deutsche Zeitung 87/13.4.1849.

²⁷ Mainzer Zeitung 107/5.5.1849.

²⁸ BAMBERGER (wie Anm. 20), S. 167.

²⁹ Ebd., S. 167.

³⁰ KARL MANNHEIM, Das Problem der Generation, in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie 7 (1928), S. 157-185, 309-330, hier S. 173f.

³¹ Zur Burschenschaft als politische Jugendbewegung vgl. bes. WOLFGANG HARDTWIG, Studentische Mentalität - Politische Jugendbewegung - Nationalismus. Die Anfänge der deutschen Burschenschaft, in: Historische Zeitschrift 242 (1986), S. 581-628.

³² ROCHAU (wie Anm. 3), S. 56.

³³ Vgl. HANS KÜHN, Politischer, wirtschaftlicher und sozialer Wandel in Worms 1798-1866 unter besonderer Berücksichtigung der Veränderungen in der Bestellung, den Funktionen und der Zusammensetzung der Gemeindevertretung, Worms 1975.

³⁴ BAMBERGER (wie Anm. 20), S. 79.

³⁵ Vgl. BEST (wie Anm. 12), S. 459.

³⁶ Vgl. ebd., S. 448ff.

³⁷ Vgl. CHRISTIAN JANSEN, Einheit, Macht und Freiheit. Die Paulskirchenlinke und die deutsche Politik in der nachrevolutionären Umbruchphase des deutschen Liberalismus (1849-1867), Habilschr. Bochum (masch.) 1998, S. 578.

³⁸ Vgl. ANDREAS BIEFANG, Politisches Bürgertum in Deutschland 1857-1868. Nationale Organisationen und Eliten, Düsseldorf 1994, S. 38ff; JANSEN (wie Anm. 37), S. 577ff.

³⁹ Vgl. WETTENGEL, Revolution im Rhein-Main-Raum (wie Anm. 4), S. 227; ECKHARD G. FRANZ, August(in) Metz, in: Neue Deutsche Biographie 17, Berlin 1994, S. 247f.

⁴⁰ Vgl. BIEFANG (wie Anm. 38); DERS. (Bearb.): Der Deutsche Nationalverein 1859-1867. Vorstands- und Ausschußprotokolle, Düsseldorf 1995; Shlomo Na'aman: Der Deutsche Nationalverein. Die politische Konstituierung des deutschen Bürgertums 1859-1867, Düsseldorf 1987.

⁴¹ Vgl. BIEFANG (wie Anm. 38), S. 69, 71, 128f.

⁴² Vgl. ANDREAS BIEFANG, Hermann Heinrich Becker (1820-1885), in: Rheinische Lebensbilder, Bd. 13, Köln/Bonn 1993, S. 153-181.

⁴³ Vgl. JOSEF HEINZELMANN, Carl Wallau und die Mitgründer der Mainzer Arbeiterbewegung, in: Mainz und die soziale Frage in der Mitte des 19. Jhs.. Zum 100. Todestag von Oberbürgermeister Wallau und Bischof Ketteler, Mainz 1977, S. 29-38.

⁴⁴ Becker setzte sich 1880/81 in der Frage der Stadterweiterung sogar gegen den preußischen Kriegsminister durch, vgl. BIEFANG (wie Anm. 42), S. 178.

⁴⁵ Vgl. u.a. die Beiträge in: LOTHAR GALL (Hg.), Stadt und Bürgertum im 19. Jh., München 1990.

⁴⁶ Vgl. DIETER LANGEWIESCHE, Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a.M. 1988, S. 165f.; zu den Einflüssen der Paulskirchenverfassung auf die Verfassung des Norddeutschen Bundes und des Kaiserreiches vgl. JÖRG-DETLEV KÜHNE, Die Reichsverfassung der Paulskirche. Vorbild und Verwirklichung im späteren deutschen Rechtsleben, Frankfurt a.M. 1985, S. 102ff.

⁴⁷ ROCHAU (wie Anm. 3), S. 46.

⁴⁸ Ebd., S. 25f.

⁴⁹ PAUL WENTZCKE, Drei Brüder von Gagern. Friedrich Freiherr von Gagern (1794-1848), Maximilian Freiherr von Gagern (1810-1889), Heinrich Freiherr von Gagern (1799-1880), in: Nassauische Lebensbilder, Bd. 4 (1950), S. 112-171, hier S. 163.

⁵⁰ BIEFANG (wie Anm. 38), S. 435.

⁵¹ So die Einschätzung von NICHOLAS MARTIN HOPE, The Alternative to German Unification. The Anti-Prussian Party Frankfurt, Nassau, and the Two Hesses 1859-1867, Wiesbaden 1973, S. 77.

⁵² Zitiert nach GERHARD HECK, Dalwigk und der Nationalverein im Großherzogtum Hessen. Ein Beitrag zur mittelstaatlichen Politik gegenüber kleindeutsch-demokratischen Bestrebungen, Frankfurt 1968, S. 35.

⁵³ Ebd., S. 89.

⁵⁴ FRANZ (wie Anm. 39), S. 248.

⁵⁵ Vgl. WALTER GRAB, Ein Mann, der Marx Ideen gab. Wilhelm Schulz. Weggefährte Georg Büchners. Demokrat der Paulskirche. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1979.

⁵⁶ Vgl. RUDOLF FENDT, Rezension, in: Deutsches Wochenblatt. Organ der deutschen Volkspartei 13/24.3.1867. Zu Fendt vgl WETTENGEL, Revolution im Rhein-Main-Raum (wie Anm. 4), S. 199.

⁵⁷ Vgl. BIEFANG (wie Anm. 38), S. 43ff.; LANGEWIESCHE (wie Anm. 46), S. 133ff.

⁵⁸ SABINE FREITAG, Friedrich Hecker. Biographie eines Republikaners, Stuttgart 1998, S. 399.

⁵⁹ Ebd., S. 375.